





Die Gewerkschaft Le Syndicat. Il Sindacato.

Medienmitteilung der Gewerkschaften Unia und Syna, des Kaufmännischen Verbands Schweiz und von Angestellte Schweiz

Bern/Olten/Zürich, 15. Oktober 2025

Unterstützung für Stahlindustrie

EU-Strafzölle treffen grünen Schweizer Stahl: Die Politik ist gefordert

Die Schweizer Stahlindustrie ist von den neuen protektionistischen Massnahmen der EU stark betroffen, was unnötigerweise Arbeitsplätze gefährdet. Die Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen fordern die Politik auf, dringend für faire Rahmenbedingungen zu sorgen.

Die Schweizer Stahlindustrie ist ein Eckpfeiler der Kreislaufwirtschaft und produziert hochwertigen, CO2-armen Recycling-Stahl. Dieser sogenannte «grüne Stahl» ist für den ökosozialen Umbau der europäischen Industrie, insbesondere im Automobilsektor, von grosser Bedeutung. Nun droht dieser nachhaltigen Produktion Ungemach: Die Europäische Union hat ihre Schutzzölle gegen Stahlimporte drastisch verschärft. Das bestehende zollfreie Kontingent für Stahlimporte wird halbiert und der Zoll auf 50 Prozent verdoppelt.

Damit reagiert die EU auf sich zuspitzende Handelskonflikte im Zuge globaler Überkapazitäten. Diese Massnahmen treffen auch die Unternehmen der Schweizer Stahlindustrie hart, obwohl sie Teil der europäischen Stahlindustrie und europäischen Wertschöpfungsketten integriert ist. So gehört Stahl Gerlafingen zur italienischen Beltrame Gruppe und Swiss Steel unterhält auch Standorte in mehreren EU-Staaten. Für hochwertigen und mit deutlich geringerem CO2-Ausstoss produzierten Schweizer Spezialstahl wird mit den neuen Massnahmen der Marktzugang massiv erschwert. Das gefährdet etablierte Lieferketten und Arbeitsplätze in der Schweiz.

Ein Bekenntnis zum Werkplatz, das jetzt gelten muss

Dank dem unermüdlichen Einsatz der Stahlarbeiter:innen hat sich die Schweizer Politik in den letzten Monaten wiederholt zur Rettung der heimischen Stahlwerke und zum Erhalt des Werkplatzes Schweiz bekannt. Dieser politische Wille muss nun auch auf internationaler Ebene konsequent umgesetzt werden. Die Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen fordern von den Bundesbehörden, sich mit allem Nachdruck für einen ungehinderten EU-Marktzugang einzusetzen. Ob dies über eine Ausnahme für die Schweiz oder über länderspezifische Kontingente geschieht, ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass eine Lösung gefunden wird, die

der besonderen Rolle der Schweizer Stahlindustrie als nachhaltigem Produzenten gerecht wird.

Versorgungssicherheit und Kreislaufwirtschaft nicht gefährden

Die Schweizer Stahlindustrie ist für die Kreislaufwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die Werke in Gerlafingen (SO) und Emmenbrücke (LU) verarbeiten jährlich rund 1,5 Millionen Tonnen Stahlschrott und führen diesen wertvollen Rohstoff neuer Verwendung zu. Eine Schwächung dieser Industrie durch ungerechtfertigte Handelshemmnisse untergräbt nicht nur die Versorgungssicherheit der Schweiz, sondern auch die schweizerischen und die gemeinsamen europäischen Klimaziele.

Das Problem ist nicht neu. Bereits seit 2018 erschwert die EU den Zugang zu ihrem Markt für Schweizer Stahl. Der Bundesrat hat in der Vergangenheit mehrfach interveniert. Angesichts der nun drastisch verschärften Lage muss dieser Einsatz erneuert und verstärkt werden.

Auch im Binnenmarkt soll durch sinnvolle soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien, insbesondere im öffentlichen Beschaffungswesen, sichergestellt werden, dass faire Regeln für umwelt- und sozialverträgliche heimische Produktion gelten. So insbesondere durch die Berücksichtigung von Kriterien wie CO2-Emissionen, Kreislauffähigkeit und Einbindung in lokale und regionale Wertschöpfungsketten.

Für Rückfragen:

Matteo Pronzini, Branchenleiter MEM-Industrie Unia, 079 617 59 37 Nico Fröhli, Branchenleiter MEM-Industrie Syna, 079 937 77 87 Hannes Elmer, Fachverantwortlicher Sozialpartnerschaft Kaufmännischer Verband Schweiz, 044 283 45 63

Pierre Derivaz, Recht & Sozialpartnerschaft, Angestellte Schweiz, 044 360 11 52